Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 168 (2002)

Heft: 6

Artikel: Demokratische Kontrolle der Sicherheitspolitik : was heisst das?

Autor: Born, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-67975

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was heisst das?[1]

Hans Born

In Demokratien pflegt man implizit von einer uneingeschränkten zivilen Kontrolle über das Kommando der Streitkräfte auszugehen. Wäre sie nicht in dieser absoluten Weise gegeben, so müsste die jeweilige Demokratie als unvollkommen gelten.[2] Doch was genau bedeutet demokratische Kontrolle, und wie können wir sie konzeptualisieren? Im Allgemeinen betrachtet man die Art und Weise der Ausübung demokratischer Kontrolle in einem Staatswesen als Konsequenz der jeweiligen Staatsform eines Landes, seiner Politik, Geschichte und Kultur. Infolge der Vielzahl existierender unterschiedlicher Kulturen und Staatsformen bestehen unterschiedliche Normen und Praktiken der Aufsicht über die Waffenträger in demokratischen Gemeinwesen. Aus diesem Grunde, man mag dies bedauern oder nicht, gibt es kein einziges, allgemein gültiges normatives Modell solcher Kontrolle. Immerhin sind einige Modelle formuliert worden. Mitunter scheinen sich diese gegenseitig sogar zu widersprechen. Unsere Fragestellung für die folgende Studie lautet deshalb: Wie kann die Ausübung demokratischer Kontrolle konzeptualisiert werden? Dabei wollen wir auf folgende Fragen näher eingehen:

1. Warum wird die Frage der demokratischen Kontrolle von Streitkräften gegenwärtig mehr und mehr zu einem wichtigen politischen Thema?
2. Was bedeutet demokratische Kontrolle?
3. Was wird kontrolliert?
4. Wer übt demokratische Kontrolle aus?
5. Wie kann demokratische Kontrolle nach Ansicht von Experten gewährleistet werden?
6. Worauf kommt es bei der demokratischen Kontrolle letztlich an?

Warum die Frage nach demokratischer Kontrolle immer wichtiger wird

Die Frage der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte erlebt derzeit eine Renaissance in alten und jungen Demokratien. Das Thema steht aus verschiedenen Gründen in einigen europäischen Ländern auf der politischen und wissenschaftlichen Tagesordnung. Erstens entfachte die Aufhebung der Wehrpflicht in mehreren Staaten (Niederlande, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal) eine kritische Debatte über das Thema. Viele Beobachter befürchten, eine Berufsarmee sei schwieriger durch demokratische Institutionen zu kontrollieren als eine Wehrpflichtigenarmee. Zweitens waren während der letzten zehn Jahre einerseits alle europäischen Armeen von Reformen, insbesondere Abbauprozessen, betroffen, während andererseits in eben diesen Ländern das Pflichtenheft der Streitkräfte durch weitere Aufgaben, insbesondere Friedenseinsätze im Ausland, ständig anwuchs. Die Restrukturierungsprozesse mit Verschlankung der Militärorganisationen haben zur Folge, dass mehr Aufgaben bei geringeren Verteidigungsetats bewältigt werden müssen. Das bewirkt eine Anspannung des Verhältnisses zwischen Politik und Militär. Da drittens militärische Aktivitäten mehr und mehr auf dem internationalen Parkett stattfinden, gewinnt auch die demokratische Kontrolle multinationaler Militärzusammenarbeit an Bedeutung. Dies gilt besonders für kleinere Mitgliederstaaten etwa in der EU und der NATO. Viertens mussten die ehemaligen Ostblock-Staaten auf Druck der NATO und der OSZE[3] das zivil-militärische Verhältnis nach demokratischen Prinzipien neu gestalten. Ohne demokratische Reformen im Kontrollapparat bliebe diesen Staaten eine Mitgliedschaft in westlich dominierten inter- und supranationalen Organisationen verwehrt. In den sich wandelnden nachkommunistischen Gesellschaften gingen in der Regel politische Reformen denen im Sicherheitsbereich voraus. Vor einer Neugestaltung der Sicherheitspolitik traten zumeist neue Verfassungen in Kraft. Die Parlamente erhielten dadurch weit reichende Befugnisse, und zivile ministeriale Behörden übernahmen die Kontrolle des Militärs. Dies war deshalb wichtig, weil die Sicherheitspolitik nicht nur nach Massgabe funktionaler militärischer Aspekte, sondern auch den Bedürfnissen der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Staaten entsprechend neu ausgerichtet werden musste. Nur so konnte gewährleistet werden, dass die sicherheitspolitischen Akteure, insbesondere das vormals mächtige Militär, die zukünftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nicht beeinträchtigen würden. Es sind vor allem diese vier Entwicklungen, die zu einer Renaissance des Themas der demokratischen Kontrolle in alten und jungen europäischen Demokratien geführt haben.

---

[1] Die Übersetzung dieses Beitrages aus dem Englischen übernahm verdankenswerterweise Lucas Bennett.

[2] Edward N. Luttwak, «From Vietnam to Desert Fox: Civil-Military Relations in Modern Democracies», in: *Survival* 41, 1 (Spring, 1999), S. 99.

[3] Die OSZE-Mitgliedstaaten anerkennen den Code of Conduct für politisch-militärische Aspekte von Sicherheit, welcher u.a. betont, dass die demokratische Kontrolle der Instanzen des Sicherheitssektors eine unverzichtbare Voraussetzung für Stabilität, Sicherheit und Demokratie darstellt.

Schweizer und deutsche KFOR-Soldaten.

«Da militärische Aktivitäten mehr und mehr auf dem internationalen Parkett stattfinden, gewinnt auch die demokratische Kontrolle multinationaler Militärzusammenarbeit an Bedeutung.»
Hans Born.

Was bedeutet demokratische Kontrolle?

Die Literatur zur demokratischen Kontrolle der Sicherheitspolitik ist vielfältig und zahlreich.[4] Es zeigt sich, dass unter dem Begriff Unterschiedliches verstanden wird. Als erstes gängiges Konzept wäre jenes zu nennen, welches unter dem Begriff der «Aufsicht» (oversight) bekannt geworden ist. In diesem Ansatz wird Kontrolle mit dem Setzen allgemeiner Leitlinien und Prinzipien für die Exekutive und deren Organe, darunter auch die Streitkräfte, gleichgesetzt. Ein zweiter Ansatz lässt sich als «good governance» bezeichnen, ein Modell, welches ein zusammenhängendes System des demokratischen Managements der Sicherheitspolitik vorsieht. Darin spielt die qualitative Funktionsweise von Regierung und Parlament eine zentrale Rolle. Beim dritten Konzept steht der Begriff «control» im Zentrum, der im Englischen verwalten, steuern, befehlen, anweisen bedeutet.[5] In anderen Sprachen bedeutet er hingegen lediglich «kontrollieren» im Sinne des einseitigen Beaufsichtigens. Jedes der Konzepte weist Vorteile auf: «good governance» beruht auf einem systematischen Ansatz; das «Aufsichts»-Konzept impliziert eine mehr grundsätzliche und umfassende Denkweise, und «control» schliesslich bezieht sich auf die vorgesetzte Position von Regierung und Parlament im zivil-militärischen Verhältnis.

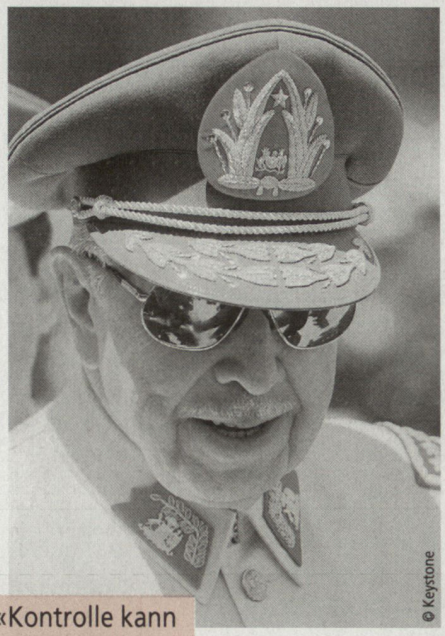
Zivile Kontrolle ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für demokratische Kontrolle. Dies lehrt uns die tragische Geschichte autoritärer Regime im 20. Jahrhundert. So hatten sowohl Hitler wie Stalin ihre Armeen fest im Griff, ihre Art der Kontrolle kann indessen für eine demokratische Gesellschaft nicht wünschenswert sein. Kontrolle kann in demokratischen Gesellschaften legitimerweise nur von gewählten Mitgliedern politischer Gremien ausgeübt werden.

Demokratische Kontrolle wovon?

Bis vor kurzem galt das Militär als jene Institution, welche neben der Polizei das Monopol der Gewaltanwendung zum Schutze von Staat und Gesellschaft inne hatte. Tatsächlich wurden und werden die Begriffe «Verteidigung» und «Sicherheit» oft synonym verwendet. Die Entwicklungen der jüngeren Zeit machen aber deutlich, dass der Begriff «Sicherheit» weiter gefasst werden muss. Dafür lassen sich mindestens zwei Gründe anführen. Zum Ersten verschwimmen die früher klaren Trennlinien zwischen innerer und äusserer Sicherheit mehr und mehr. Der Terroranschlag vom 11. September letzten Jahres in den USA zeigt, wie sehr eine äussere Bedrohung sich unmittelbar auf die inne-

[4] Einen Literaturüberblick bietet etwa Hans Born, «Democratic Control of Armed Forces: Issues, Problems and Agenda», in: Giuseppe Caforio (2002), *Handbook of the Sociology of the Military.* Kluwer Academic/Plenum Publishers: New York.

[5] Gemäss dem Cambridge Dictionary of English.



«Kontrolle kann in demokratischen Gesellschaften legitimerweise nur von gewählten Mitgliedern politischer Gremien ausgeübt werden.»

Hans Born.

General Pinochet gilt als typischer Repräsentant jener südamerikanischen Militärdiktatoren, die meinen, im Falle von gesellschaftlichen Turbulenzen erfordere es das «höhere» nationale Interesse, dass die Streitkräfte die Rolle der ordnenden Macht im Staate übernähmen.

re Sicherheit eines Staates auswirken kann. Umgekehrt können Probleme der inneren Sicherheit die Stabilität ganzer Regionen beeinträchtigen. So wirkte sich der jugoslawische Bürgerkrieg destabilisierend auf den gesamten Balkan aus. Zweitens kann den neuen Bedrohungen nicht bloss mit militärischen Mitteln begegnet werden. Die meisten der neuen Risiken verlangen ebenso ein Tätigwerden anderer Sicherheitsorganisationen und Massnahmen nichtmilitärischer oder nichtpolizeilicher Art. Deshalb sollte besser von der demokratischen Kontrolle des gesamten Sicherheitsbereiches die Rede sein, statt nur von jener der Streitkräfte. Der Sicherheitsbereich umfasst alle staatlichen Organe, die legaler- und legitimerweise Gewalt anwenden, die Anwendung von Gewalt anordnen oder mit Gewalt drohen dürfen, um den Staat und seine Bürger zu schützen; d.h. also Streitkräfte, Polizeiorgane, Geheimdienste, Grenzwachen, paramilitärische Einheiten und berechtigte private Sicherheitsorganisationen.

Wer übt demokratische Kontrolle aus?

In den meisten Staaten sieht die Verfassung vor, dass Legislative, Exekutive und Judikative sich an der Kontrolle des Sicherheitsbereiches beteiligen, wobei der Legislative und der Exekutive diesbezüglich eindeutig die Hauptaufgabe zukommt. Die Legislative (das Parlament) übt Kontrolle über die Regierung aus und gewährleistet die gesetzlichen Grundlagen, die den Sicherheitsbereich betreffen. Die Exekutive ist dafür verantwortlich, den Sicherheitsbereich effizient und transparent zu verwalten. Die Legislative übt ihre demokratische Kontrolle über den Sicherheitsapparat lediglich indirekt, nämlich über die Minister des Kabinetts, aus. Die Judikative spielt eine andere, nichtsdestotrotz aber wichtige Rolle. In den meisten Ländern überprüft sie, vor allem über die Verfassungsgerichte, die Verfassungsmässigkeit der Aktivitäten und Gesetze, die von Legislative und Exekutive ausgehen. So werden z. B. in vielen Ländern die Verfassungsmässigkeit von Militärgesetzen, die Gesetzmässigkeit der Verteidigungspolitik sowie das Verhalten des Militärpersonals durch die Judikative überprüft. Die drei genannten staatlichen Institutionen bilden einen integrierenden Bestandteil eines jeden demokratischen Rechtsstaates. In den meisten Ländern werden diese Institutionen, insbesondere Legislative und Exekutive, durch unabhängige Institutionen, wie etwa die Finanzkontrollinstanzen oder einen Ombudsmann, unterstützt und ihrerseits überwacht. Darüber hinaus spielen auch nichtstaatliche Organisationen eine gewichtige Rolle, wie z. B. Medien, sicherheitspolitisch orientierte Vereinigungen, Forschungsinstitute und Universitäten. In einigen Ländern üben gar Kirchen und militärische Gewerkschaften einen erheblichen Einfluss aus.

Zu guter Letzt ist die professionelle Selbstkontrolle ein wesentliches Instrument der demokratischen Aufsicht des Sicherheitsbereiches. Berufsmilitärs praktizieren, wie alle korporatistischen Berufsgattungen (Ärzte, Juristen, Lehrer), auch Eigenkontrolle. Gehorsam und Loyalität gegenüber den politischen Institutionen, der Verfassung und den Gesetzen sollte die ethische Grundhaltung eines jeden Berufssoldaten sein. Die Berufsarmeen demokratischer Nationen verwenden bei der Ausbildung ihrer Offiziere grosse Sorgfalt auf die Vermittlung demokratischer Grundwerte und das Wissen um persönliche Rechte und Pflichten sowie das humanitäre Völkerrecht. Ausserdem ist die Selbstkontrolle nicht bloss unter dem Aspekt des Gehorsams bedeutsam, sondern auch unter jenem der politischen Neutralität des Offizierskorps. Mittels eines hohen professionellen Selbstverständnisses seitens der Offiziere kann verhindert werden, dass das Militär in politischen Auseinandersetzungen Partei ergreift.

Wie ist die demokratische Kontrolle zu gewährleisten?

Die Antwort auf die vorstehende Frage ist zugleich auch eine Antwort auf das Problem des so genannten zivilmilitärischen Paradoxons.[6] Es konkretisiert sich in der Frage «Wie kann eine Demokratie durch eine undemo-

[6] Hans Born and Max Metselaar, «Politiek-militaire betrekkingen (Political-Military Relations)», in: Hans Born, René Moelker and Joseph Soeters (eds.) (1999), *Krijgsmacht en samenleving: klassieke en eigentijds inzichten (Military and Society: Classical and Contemporary Viewpoints)*. Tilburg: University Press, S. 87. Vgl. auch: Peter D. Feaver (1996), *Delegation, Monitoring and Civilian Control of the Military: Agency Theory and American Civil-Military Relations.* Cambridge (MA): John M. Olin Institute for Strategic Studies at Harvard University, S. 3–8.

Junge Männer beim Einrücken in die Rekrutenschule.

«Es gibt kein allgemein ‹bestes› Modell der demokratischen Aufsicht über die Sicherheitspolitik und das Militär: Vielmehr bestimmen politische und kulturelle Traditionen die Wahl eines Modells.»

Hans Born.

kratische Organisation verteidigt werden?». Auf der Suche nach Antworten sind bislang verschiedene theoretische Modelle entwickelt worden. Ich skizziere die Ansätze dreier «klassischer» Autoren auf diesem Gebiet: Samuel Huntingtons Modell der «objektiven» anstelle einer «subjektiven» zivilen Kontrolle, Morris Janowitz' Ansatz der sozio-politischen Integration des Militärs in die Gesellschaft, und drittens Jacques van Doorns Thesen zur Gewinnung demokratischer Kontrolle in Ländern, die mit einem gesellschaftlichen und politischen Umbruch konfrontiert sind.

Huntington: Trennung der politischen und militärischen Entscheidungsebenen

In seinem 1957 veröffentlichten Buch *The Soldier and the State,* mittlerweile ein Klassiker, begreift der amerikanische Politologe Samuel Huntington die «objektive» zivile Kontrolle, wie er sie nennt, als einzig praktikable Form demokratischer Kontrolle.[7] Diese Kontrollmethode strebt eine klare Trennung der militärischen und politischen Entscheidungsebenen durch Maximierung des Professionalisierungsgrades innerhalb der Streitkräfte an. Die politische Führung definiert die Ziele und die Rahmenbedingungen für militärische Aktionen, die militärischen Befehlshaber führen diese aus. Die politische Führung greift nicht in militärische Operationen ein, während die Militärs ihrerseits keinen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen. Unter solchen Bedingungen erscheint der Offizier als neutraler und anonymer Profi, der die Ziele der Politik *sine ira et studio* umzusetzen sucht. Bei «subjektiver» Kontrolle besteht hingegen nach Huntington keine klare Trennung der Einflusssphären. Dabei unterstellt er, dass Regierungsparteien danach streben, ihren politischen Einfluss auf alle Staatsbereiche, d. h. auch auf die Streitkräfte, auszudehnen. Die gewählte politische Führung wird dabei versuchen, die Kontrolle über das Militär zu stärken, indem sie ihr politisch nahe stehende Generäle ernennt. Die Wahlkriterien für hohe Offiziere sind daher weniger solche der professionellen Qualifikation als vielmehr solche der politischen Loyalität. Huntington lehnt diese «subjektive» Kontrolle des Militärs entschieden ab.

Huntington beeinflusste die US-amerikanische Auffassung der zivil-militärischen Beziehungen massgeblich. Über Jahrzehnte hinweg mussten US-amerikanische Offiziere seine Thesen praktisch auswendig lernen. Angesichts der Stellung der USA als Supermacht wurden Huntingtons Thesen auch in vielen anderen, vor allem westlichen Ländern adaptiert. Es scheint, dass das Modell der «objektiven» Kontrolle als *das* eine und einzige Theorem vermittelt wird. Der Soziologe Karl W. Haltiner zeigte dagegen, dass die zivil-militärischen Beziehungen der Schweiz überwiegend subjektiver Kontrolle unterliegen. Die Schweiz ist ein föderalistischer Staat mit einer der ältesten demokratischen und zivilen Gesellschaften Europas. Ihre Einwohner hegen traditioneller-

[7] Samuel Huntington (1964, 1. Aufl. 1957), *The Soldier and the State: the Theory and Politics of Civil-Military Relations.* New York: Vintage Books.

Vereidigung von Angehörigen des Schweizerischen OSZE-Kontingentes in Sarajewo.

Nach dem amerikanischen Politologen Samuel Huntington wird die beste zivile Kontrolle durch eine klare Trennung der militärischen und politischen Entscheidungsebenen mittels Maximierung der Professionalität des Offizierskorps erreicht. Die politische Führung greift nicht in militärische Operationen ein, während die Militärs ihrerseits keinen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung nehmen.

Hans Born.

weise eine Abneigung gegen zentralisierte staatliche Macht und ein «tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber der Professionalisierung des Militärs».[8] In Friedenszeiten kennt die schweizerische Milizarmee bis heute keinen militärischen Oberbefehlshaber. In Krisenzeiten wählt das Parlament einen «General», und es «ist nachgerade offensichtlich, dass nicht nur militärische, sondern auch politische und sprachkulturelle Aspekte bei der Wahl des Oberbefehlshabers durch das Parlament eine Rolle spielen».[9] Zudem beruht das helvetische Milizsystem wesentlich darauf, dass Bürgeroffiziere und nicht Berufsoffiziere die Truppen führen, die zivile Elite somit auch im Militär das Sagen hat. Der Fall der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz zeigt somit, dass «subjektive» Kontrolle durchaus eine effiziente Weise des Umgangs mit dem Militär sein kann. Somit gibt es kein allgemein «bestes» Modell der demokratischen Aufsicht über die Sicherheitspolitik; vielmehr bestimmen politische und kulturelle Traditionen die Wahl eines Modells.

Janowitz: Integration von politischer und militärischer Entscheidungsfindung

Ein anderer, letztlich gegensätzlicher Ansatz stammt von dem amerikanischen Soziologen Morris Janowitz.[10] Er konzentriert sich auf Einstellungen und Werte innerhalb des Militärs. Nach Janowitz ist die zivile Kontrolle über die Ordnungskräfte (die Streitkräfte als ein internationales Polizeikorps und ein Instrument der Aussenpolitik) am besten zu gewährleisten, wenn der Soldat so umfassend wie möglich in die Gesellschaft integriert bleibt. Janowitz schreibt, dass der Offizier innerhalb der Ordnungskräfte «sich [dabei] bewusst ist über den politischen und gesellschaftlichen Einfluss des militärischen Establishments auf die internationale Sicherheitspolitik. Er unterwirft sich der zivilen Kontrolle, nicht nur wegen ihrer Gesetzmässigkeit und Tradition, sondern auch deshalb, weil er professionelle Eigenkontrolle übt und weil eine bedeutungsstiftende Integration ziviler Grundwerte stattgefunden hat».[11] Dieser Auffassung nach wird demokratische Kontrolle dadurch gewährleistet, dass die militärischen Führer den politischen Zielen ihrer Gesellschaften verpflichtet bleiben, weil sie in eben diesen sozialisiert worden sind. Es ist nach Janowitz ausserdem unrealistisch, zwischen politischen Zielsetzungen und deren Implementierung bzw. zwischen Regierung und ausführenden Organen zu unterscheiden. Denn während militärischen Operationen, insbesondere Friedenseinsätzen, müssen die militärischen Befehlshaber viele Entscheidungen treffen, die politische Implikationen in sich tragen. So beeinflusst z. B. in Bosnien die Art und Weise, wie die Militärs vor Ort die Friedensabkommen umsetzen, unmittelbar die lokale Politik und ihre Beziehung zu den dortigen Behörden. Anders als das Separationsmodell von Huntington versucht das Konvergenzmodell von Janowitz nicht, Politik und Militär zu trennen. Vielmehr wird versucht, die wechselseitige gesellschaftliche Bedingtheit der Rollen von Politikern und Militärs aufzuzeigen.

---

[8] Karl W. Haltiner, «Civil-Military Relations: Separation or Concordance? The Case of Switzerland», in: Gerhard Kümmel & Wilfried von Bredow (2000), *Civil-Military Relations in an Age of Turbulance: Armed Forces and the Problem of Democratic Control*. Strausberg: Forum International, hrsg. vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, S. 41.

[9] Karl W. Haltiner a.a.O., S. 41, vgl. auch seine Einleitung in diesem Heft.

[10] Morris Janowitz (1960), *The Professional Soldier: a Social and Political Portrait*. New York: Free Press of Glencoe.

[11] Morris Janowitz a.a.O., S. 420.

Van Doorn: Kontrolle der Streitkräfte in Gesellschaften im Umbruch

Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Prozess demokratischer Kontrolle in Ländern zuteil werden, die radikale gesellschaftliche Veränderungen durchmachen, also etwa postkoloniale oder postkommunistische Staaten. Der niederländische Soziologe Jacques van Doorn[12] untersuchte die Verhältnisse in einigen kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg sowie in einigen afrikanischen Staaten in der Phase der Dekolonialisierung. Dabei machte er drei Arten der Kontrolle über die Streitkräfte aus. Die Erste lässt sich in die Begriffe «Rekrutierung und Selektion» fassen. Dabei versuchen die politischen Machthaber sicherzustellen, dass nur Soldaten mit dem gewünschten sozialen und politischen Profil selektiert werden. So wurden z.B. in den ehemaligen Kolonien weisse Offiziere durch in Afrika oder Indien geborene ersetzt. Der zweite Mechanismus lässt sich als «Kontrolle durch Indoktrinierung» bezeichnen. Die politische Loyalität des Offiziers wird durch dessen Zugehörigkeit zur herrschenden politischen Partei gewährleistet. Ausserdem wird an den Militärakademien viel Zeit auf politischen Unterricht im Sinne des Regimes verwendet. Den dritten Mechanismus nennt van Doorn «Kontrolle durch Organisation». Diese wird erreicht durch die gegenseitige organisatorische Integration von Armee und politischer Partei. Im Ein-Parteien-Staat hat somit die Parteielite gleichzeitig die militärische Elite fest im Griff. Alle Mechanismen van Doorns fallen unter Huntingtons Kategorie der subjektiven Kontrolle.

[12]Jacques van Doorn (ed.) (1969), *Military Profession and Military Regimes.* The Hague: Mouton, S. 12.

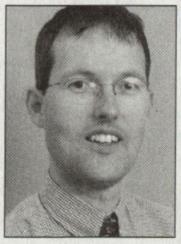
Hitler mit Gefolgschaft aus verschiedenen Waffengattungen und Parteiarmeen.

«Zum traurigen Erbe von Diktatur und Totalitarismus gehören aufgeblähte Machtapparate, die für noch ungefestigte Demokratien zu einer tödlichen Gefahr werden können. Hier setzt das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte an.»

Theodor Winkler, Institutsdirektor.

Schluss: Demokratische Kontrolle als gemeinsame Verantwortung

Für das Konzept der demokratischen Kontrolle ist es unabdingbar, eine «Trennlinie» zwischen politischer und militärischer Macht zu ziehen. Sie erst ermöglicht die Frage: In welchem Umfang sollte die politische Führung an innermilitärischen und anderen organisatorischen Entscheidungsprozessen beteiligt sein, und in welchem Umfang sollten Militärs am politischen Entscheidungsprozess teilhaben? Es versteht sich natürlich von selbst, dass Parlamentarier und der Verteidigungsminister die Truppen auf dem Schlachtfeld *nicht* selbst anführen. Aber man muss sich ebenso klar machen, dass politische und militärische Führer in Demokratien aus ihrer komplementären politischen Funktion heraus eine gemeinsame Verantwortung zu tragen haben. Die politischen Führer sind auf die militärischen Befehlshaber für eine effektive und effiziente Umsetzung der Sicherheitspolitik angewiesen. Die militärischen Führer ihrerseits (und die Befehlshaber anderer sicherheitspolitischer Organisationen) sind von der politischen Führung abhängig für die Sicherung ihrer Ressourcen und ihre politische Legitimation. Demokratische und militärische Führer sollten deshalb nicht als Antagonisten mit gegensätzlichen Zielen betrachtet werden. Für die Verwirklichung einer effektiven und demokratisch abgestützten Sicherheitspolitik, welche sowohl den funktionalen Notwendigkeiten als auch den gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht wird, sind sie aufeinander angewiesen. Demokratische Kontrolle beinhaltet deshalb mehr als das Erteilen von Befehlen und Anweisungen. Sie verlangt einen steten Dialog und eine enge Kommunikation zwischen den demokratisch gewählten und den militärisch ernannten Instanzen. ■



Hans Born, Sozialwissenschafter, Mitglied des Genfer Zentrums für die demokratische Kontrolle von Streitkräften (DCAF).